



Gruppensprecher Gundolf Harms (BfB)
Oberdrescher Weg 7
26529 Upgant-Schott
Tel. 04934-910 492
Mobil 0170-731 54 79
gharms@marienhafe.de



Stellvertreter Detlef Schweichler (GRÜNE)
Hauptstraße 70
26529 Rechtsupweg
Tel. 04934-1534
Mobil 0157-757 746 74
dschweichler@marienhafe.de

**Pressemitteilung der Gruppe BfB/ GRÜNE
im Rat der Samtgemeinde Brookmerland
vom 17.08.2021**

Antrag zur Beratung über Beiträge der Samtgemeinde zum Sozialen Wohnungsbau

BfB/ GRÜNE fordern Beratung zum Sozialen Wohnungsbau
Politik: Samtgemeinde soll für bezahlbaren Wohnraum sorgen

Brookmerland. Die Forderung nach sozialem Wohnungsbau und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist in aller Munde. Zu lesen ist dies auf zahlreichen Plakaten sowohl zur Kommunalwahl wie auch zur Bundestagswahl. Wie die Gruppe Bündnis für Brookmerland (BfB) und Bündnis 90/ Die Grünen nun mitteilen, haben sie bereits Ende Juni einen Antrag zur Beratung über die Beiträge in der Samtgemeinde Brookmerland zum Sozialen Wohnungsbau gestellt.

„Angesichts rasant steigender Baupreise und damit auch der Immobilienpreise und der Mietpreise bekommt die Förderung von bezahlbarem Wohnraum durch die öffentliche Hand eine neue Bedeutung“, stellt Gruppensprecher Gundolf Harms (BfB) fest. „Hier ist auch die Samtgemeinde gefordert, mit konkreten Entscheidungen ihren Beitrag zu leisten“, ergänzt sein Stellvertreter Detlef Schweichler von den GRÜNEN. Wenn es nach dem Antrag der Gruppe geht, soll sich der zuständige Fachausschuss mit dem Bedarf und den Möglichkeiten der Förderung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Brookmerland befassen. Im Antrag werden auch bereits konkrete Ansätze für eine zukünftige Grundstückspolitik benannt. Die Verwaltung soll die Ansätze im Fachausschuss erläutern und Beschlussempfehlungen vorbereiten.

„Wenn die Parteien und Wählergruppen ihre Aussagen zur Kommunalwahl wirklich ernst meinen, kann die Förderung von sozialem Wohnungsbau und bezahlbarem Wohnraum im Brookmerland durch die verbindliche Festschreibung von Mindestquoten für preiswerte Mietwohnungen in Neubaugebieten erfolgen“, erklärt Jens Albowitz (GRÜNE). Neben den Neubaugebieten könnte dies bei vorhabenbezogenen Bebauungsplänen für größere Wohneinheiten privater Investoren entsprechend eingefordert werden. Bislang werden hier jedoch auf zentralen, für den sozialen Wohnungsbau besonders geeigneten Flächen Eigentumswohnungen gebaut – wie beim >Bummert Trift< in Marienhaf. „Die sozial Schwächeren der Gesellschaft bleiben bei der bisherigen Grundstückspolitik auf der Strecke“, kritisiert Ida Bienhoff-Topp vom BfB.

Dies sei auch für Grundstücke im Eigentum der Samtgemeinde zu berücksichtigen, teilt die Gruppe weiter mit. Einen entsprechenden gemeinsamen Antrag habe die neue Ratsmehrheit aus CDU, BWG/SEB und BfB/GRÜNE im Samtgemeinderat bereits im Juni letzten Jahres für das Gelände >Harms Hof< gestellt. „Diese Fläche ist insbesondere wegen der kurzen Wege zu Tagespflegeeinrichtungen, Ärzten, Kitas und Einkaufsmöglichkeiten ideal für den sozialen Wohnungsbau“, macht Gretus Schoolmann (BfB) deutlich.

„Gerade bei Grundstücken, die zum Verkauf anstehen und in der Nähe der genannten Einrichtungen des Grundbedarfs liegen, sollte die Samtgemeinde oder Mitgliedsgemeinde zudem von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen, um hier Vorgaben für den anteiligen sozialen Wohnungsbau zu machen“, nennt Jens Albowitz (GRÜNE) eine weitere Möglichkeit der Kommune, bezahlbaren Wohnraum zu fördern.

„Leider hat die Verwaltungsspitze bislang keinen unserer Anträge zum Sozialen Wohnungsbau in die politischen Beratungen eingebracht“, bemängelt Barbara Meyerhoff (BfB). Dabei sei es dringend geboten, endlich soziale Verantwortung zu übernehmen und den schlagwortartigen Wahlaussagen auch konkrete Beratungen und Beschlüsse folgen zu lassen, so BfB/ GRÜNE abschließend.

Anzahl Zeichen: 3.258 (ohne Überschriften, inkl. Leerzeichen)